

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin und die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf haben beschlossen:

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Zur Weiterleitung an die Berliner Delegation zum BPT der SPD

5 Zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD

Programmdebatte zu Ende führen . Sozialdemokratisierung des Grundsatzprogrammes fortsetzen!

10

I. Resolution

15 Die Programmkommission hat mit Beschluss vom 22.09.2007 Empfehlungen zum SPD-Grundsatzprogramm abgegeben. Es ist zu erwarten, dass diese Textfassung die Beratungsgrundlage auf dem SPD-Bundesparteitag sein wird. Damit hat die Parteiführung auf den massiven Protest der Partei zum Bremer Entwurf reagiert.

20 Zentrale Kritikpunkte am Bremer Entwurf waren seine mangelhafte Analyse und seine inhaltliche Ausrichtung. Mit der Umwandlung des Sozialstaates in einen Vorsorgenden Sozialstaat. und der Ausrichtung deutscher Außenpolitik als an deutschen Interessen. orientierter militärischer Interventionspolitik wurden massive Kurswechsel in sozialdemokratischen Kernthemen vorgeschlagen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der rot/grünen Regierungszeit unter Gerhard Schröder und der Agenda 2010 hat nicht stattgefunden. Es ist dem Bremer Entwurf nicht gelungen, wesentliche Antworten auf die drängenden politischen Fragen zumindest der mittelfristigen Zukunft zu geben.

30 Die Organisation des Programmprozesses durch den Parteivorstand war in weiten Teilen davon geprägt, dass Diskussionen abgewürgt werden sollten, Partizipation nur simuliert wurde und tiefergehende inhaltliche Debatten unerwünscht waren. Wir halten den engen Zeitplan, der vorgegeben wurde, für so zentrale Debatten wie sie für die Verabschiedung eines Grundsatzprogramms notwendig gewesen wären, für zu eng. Das der Programmentwurf des Parteivorstandes einhellig kritisiert wurde, war ein deutliches Zeichen für die Parteiführung. Hier ist noch eine weitergehende Debatte über die Konsequenzen daraus für die Arbeit des zukünftigen Parteivorstandes notwendig.

40 Wir begrüßen jedoch, dass die Parteiführung die Kritik am Bremer Entwurf zur Kenntnis genommen hat und die Redaktionsgruppe den bisherigen Entwurf sowohl was seine Länge und sprachliche Ausgestaltung, als auch was zentrale inhaltliche Punkte angeht, überarbeitet hat. Der Entwurf ist insgesamt stärker am Ziel einer solidarischen Gesellschaft ausgerichtet. Besonders herausstellen wollen wir hier folgende Punkte:

50 Der Demokratische Sozialismus (Abschnitt 2, Nr. 22) stellt nun nicht nur ein historisches Überbleibsel aus der Geschichte der Sozialdemokratie dar, sondern bleibt politische Zielvorstellung einer Gesellschaft jenseits kapitalistischer Ausbeutung, in der unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität verwirklicht sind. Die SPD hält also an ihrer Vorstellung einer gerechteren Gesellschaft fest. Die Kritik am Gleichstellungskapitel (Abschnitt 3.4), die insbesondere durch die Kampagne .Neues Gleichstellungskapitel. des Juso-Bundesverbandes und vieler

55 SPD-Frauen geäußert wurde, ist in vielen Punkten aufgenommen worden. Die reine Fokussierung von Gleichstellungspolitik als Familienpolitik wurde aufgegeben. Für uns ist Gleichstellungspolitik weiterhin im breiten Sinne der Ansatz zur Überwindung einer männlich strukturierten Gesellschaft, ob in Familie, Beruf oder anderswo. Die SPD hält an ihrem Sozialstaatsverständnis (Abschnitt 3.7) fest, die Elemente des Vorsorgenden Sozialstaates werden als Ergänzung und Weiterentwicklung, nicht als Ersatz begriffen.

60 Die bildungspolitischen Forderungen der SPD wurden präzisiert, insbesondere bekennt sich die SPD jetzt in ihrem Grundsatzprogramm klar zu einer Schule für Alle bis zur 10. Jahrgangsstufe (Abschnitt 3.6).

65 Gleichwohl sehen wir an vielen Punkten weiterhin erheblichen Änderungsbedarf. An vielen Stellen ist eine deutliche redaktionelle sprachliche Überarbeitung notwendig, häufig sieht man dem Text an, wo Kompromisse in der Vorbereitungsgruppe gemacht wurden. Die Zeit bis zum Hamburger Parteitag muss genutzt werden, hier noch einmal nachzuarbeiten. Wir halten eine Neufassung insbesondere an folgenden
70 Punkten für notwendig:

Es wird ein deutscher Sitz für den UN-Sicherheitsrat gefordert (Abschnitt 11, Nr. 16). Die Empfehlungen der Programmkommission sehen weiterhin „deutsche Interessen“ als Kategorie zu Militäreinsätzen vor (Abschnitt 3.1, Nr. 38).

75 Weiterhin wird die Demokratisierung der EU, d.h. der Umbau der Kommission wie auch der Abbau von Agrarsubventionen nicht klar benannt (Abschnitt 3.2, Nr. 10, Nr. 20).

Der Umgang mit Zuwanderinnen und Zuwanderern ist zu stark auf die Forderungen an diese orientiert, die Aufgaben für die Mehrheitsgesellschaft müssen stärker
80 akzentuiert werden. (Abschnitt 3.3, Nr. 19)

Das Gleichstellungskapitel enthält weiterhin nicht den programmatische Schlusssatz: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ (Abschnitt 19 3.4, Nr. 11)..

85 Umverteilung als Mittel zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit spielt z.B. im steuerpolitischen Teil keine Rolle (Abschnitt 3.5, Nr. 11).

Das Ziel der Vollbeschäftigung wird relativiert (Abschnitt 3.6, Nr. 7), es wird nur eine „Chance“ jedes und jeder einzelnen auf gute Arbeit angestrebt.

Es wird sich nicht zu einer armutsfesten Rente bekannt, stattdessen soll Altersarmut nur „vermieden“ werden (Abschnitt 3.7, Nr. 23).

90 Wir beschließen deshalb folgende Änderungsanträge zur vorgelegten Programmfassung. Wir fordern die Berliner Delegation zum Bundesparteitag auf, sich besonders für diese einzusetzen.

95 **II. Änderungsanträge**

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Ä1: Abschnitt 3.1, Nr. 16

100 Ersetze „Deutschland“ durch „die Europäische Union“ (redaktionelle Folgeänderung: Streichung des letzten Satzes von Ziffer 16).

Ä2: Abschnitt 3.1, Nr. 38

105 Streiche „der Einsatz unserem Interesse am Frieden in der Welt und an der Wohlfahrt aller Menschen nicht widerspricht.“

- Ä3: Abschnitt 3.2, Nr. 10
Anfügung eines Halbsatzes an den letzten Satz: „werden und nicht mehr vom Europäischen Rat bestimmt werden.“
- 110 Ä4: Abschnitt 3.2, Nr. 20
Einfügung nach dem zweiten Satz: „Wir setzen uns deshalb dafür ein, die finanziellen Transferleistungen für die Landwirtschaft zu reduzieren.“
- Ä5: Abschnitt 3.3, Nr. 33
115 Füge hinter „Wir gewährleisten das Recht der informationellen Selbstbestimmung und setzen uns für einen effektiven Datenschutz ein.“ ein: „Neue technische Möglichkeiten rechtfertigen keine Ausweitung von Überwachung.“
- Ä6: Abschnitt 3.3, Nr. 39
120 Neuformulierung vierter Satz: „Einwanderinnen und Einwanderer müssen sich integrieren, die Mehrheitsgesellschaft muss ihnen dazu aber auch die Chance geben und Offenheit ausstrahlen.“
- Ä7: Abschnitt 3.4, Nr. 11
125 Ersetze durch: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“
- Ä8: Abschnitt 3.5 Nr. 11
Ersetze: „Sozialdemokratische Steuerpolitik soll Ungleichheit begrenzen und gleiche Chancen fördern.“ durch: „Ziel sozialdemokratischer Steuerpolitik ist die
130 Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch Umverteilung.“
- Ä9: Abschnitt 3.6, Nr. 7
(Der dritte Satz wird wie folgt geändert): „Jeder Mensch findet gute Arbeit. Bei der dafür nötigen Qualifizierung unterstützen ihn Gesellschaft und Unternehmen.“
135
- Ä10: Abschnitt 3.7, Nr. 23
Ersetze „Wir wollen Altersarmut vermeiden“. durch: „Wir gestalten die gesetzliche Rentenversicherung so aus, dass sie armutsfest ist.“
- 140 Ä11: Abschnitt 3.8, Nr. 7
Ersetze „Wir wollen es verwirklichen.“ durch „Dazu gehört der kostenlose Zugang zu Lehr- und Lernmitteln“